



## Frieden statt Krieg: Mehrheit der Deutschen will andere Ukraine-Politik

Multipolar hat eine repräsentative Umfrage zur Ukraine-Politik der deutschen Regierung durchführen lassen. Nahezu zwei Drittel der Menschen fordern die neue Bundesregierung zum Einsatz für Friedensverhandlungen auf. Eine ebenso große Mehrheit der Befragten lehnt die mögliche Lieferung deutscher Marschflugkörper an die Ukraine ab. Wegen der finanziellen Kürzungen für deutsche Bürger will nur noch eine knappe Mehrheit die Ukraine überhaupt weiter mit Steuergeld unterstützen. Die Umfrage zeigt: Haben die Menschen eine Auswahl, so entscheidet sich die große Mehrheit für Friedensbemühungen statt Kriegsverlängerung.

STEFAN KORINTH, 9. Mai 2025, 0 Kommentare

Im Auftrag von Multipolar befragte das Hamburger Markt- und Meinungsforschungsinstitut „Bambus Research“ Mitte April mehr als 1.000 Menschen in Deutschland zu ihren Wünschen hinsichtlich der Ukraine-Politik der kommenden Bundesregierung. Friedensverhandlungen, Taurus-Lieferung, Vertrauen in die Nato – in mehreren abgefragten Aspekten weicht die Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung klar ab von den politischen Überzeugungen und Plänen der Mehrheit im Bundestag. Knapp auf Linie der Regierenden sind die Deutschen noch bei Fragen der finanziellen Unterstützung der ukrainischen Regierung sowie bei Sanktionen gegen Russland. Gleichzeitig belegt die repräsentative Umfrage aber auch die tiefe politische Spaltung der Gesellschaft.

### **Knappe Mehrheit für Zahlungen an Kiew trotz Kürzungen hierzulande**

Im November 2024 hatte die damalige Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) als erstes Mitglied der Bundesregierung öffentlich eingeräumt, dass die finanzielle Unterstützung Deutschlands für die Ukraine in Höhe von 37 Milliarden Euro zu Ausgabenkürzungen hierzulande geführt hat. Gestrichen wurde etwa bei frühkindlicher Bildung, weitere Kürzungen gab es Baerbock zufolge in den Bereichen Mobilität und Soziales. Anschließende Multipolar-Recherchen hatten ergeben, dass die Bundesregierung auch in vielen anderen Ressorts wie etwa

Gesundheit und Wirtschaft Gelder gestrichen hatte, um Zahlungen an die ukrainische Regierung tätigen zu können. Zudem sanken preisbereinigt beispielsweise die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung.

Multipolar wollte von den Befragten wissen, ob sie trotz der Kürzungen für deutsche Bürger dafür sind, dass die neue Bundesregierung die Ukraine weiterhin finanziert. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent antwortete hierauf mit „ja“, 47 Prozent sagten „nein“. Unterteilt man die Befragten in Kategorien wie Geschlecht, Alter, Parteinähe oder Einkommen, zeigt sich, dass Frauen und jüngere Menschen mehrheitlich gegen eine weitere Finanzierung der ukrainischen Regierung sind, wenn dies Kürzungen für Deutsche bedeutet. Männer und ältere Menschen waren mehrheitlich trotzdem dafür. Am deutlichsten war die Zustimmung mit 74 Prozent bei den Befragten über 60 Jahren.

Differenziert nach politischen Präferenzen, stellt sich heraus: AfD- und BSW-Anhänger sind mit 86 beziehungsweise 82 Prozent deutlich dagegen ebenso wie Menschen ohne Nähe zu den größeren Parteien (55 Prozent). Für die weitere Finanzierung Kiews sind hingegen in großer Zahl die Anhänger von Grünen (81 Prozent) und SPD (72 Prozent). Knapper war die Zustimmung bei Menschen, die der Union (60 Prozent), der FDP (56 Prozent) und der Linken (53 Prozent) nahestehen.

Diejenigen, die obige Frage mit „Ja“ beantworteten, erhielten die Zusatzfrage, ob sie die finanzielle Unterstützung für die ukrainische Regierung aus deutschen Steuermitteln sogar noch erhöhen würden. Dies bestätigten 73 Prozent der Unterstützungsbereiten – 27 Prozent von ihnen lehnten eine Erhöhung ab. Die stärkste Zustimmung für eine weitere Erhöhung der deutschen Zahlungen fand sich mit 81 Prozent bei den Reichsten – das heißt bei der höchsten Einkommenskategorie dieser Umfrage: Menschen mit einem monatlichen Brutto-Haushaltseinkommen von mehr als 10.000 Euro.

## **Mehrheit für Beibehaltung der anti-russischen Sanktionen**

Die oben erwähnte Multipolar-Recherche hatte auch ergeben, dass besonders die stark gestiegenen Steuereinnahmen des Bundes durch höhere Energiepreise eine wesentliche Quelle für die Zahlungen an Kiew darstellen. Trotz der Verteuerung für deutsche Unternehmen und Bürger infolge der EU-Sanktionen erklärt eine Mehrheit von 58 Prozent in der Multipolar-Umfrage, sie seien dafür die EU-Sanktionen gegen russische Öl- und Gaslieferungen aufrecht zu erhalten. Dies gelte, obwohl der Import russischer Energie in die EU trotz der Strafmaßnahmen weiterhin in großem Maßstab stattfindet. 42 Prozent der Befragten sind mit den Sanktionen hingegen nicht einverstanden.

Alle Altersgruppen unter den Befragten sind mehrheitlich für die Beibehaltung anti-russischer Sanktionen. Die niedrigste Zustimmung findet sich bei Umfrage-Teilnehmern zwischen 30 und 44 Jahren (51 Prozent) während die größte Zustimmung erneut bei Befragten über 60 Jahren liegt (69 Prozent). Während die Anhänger von AfD (78 Prozent) und BSW (82 Prozent) auch hier zum größten Teil dagegen stimmen, sind alle anderen Parteianhänger mehrheitlich dafür, am stärksten erneut die Grünen mit 86 Prozent. Auch alle Einkommensgruppen sind mehrheitlich für Sanktionen – am klarsten die Wohlhabendsten.

## **Zwei Drittel gegen Taurus-Lieferung an die Ukraine**

Deutlich anders sieht die Mehrheitsmeinung jedoch aus, wenn es um eine militärische Beteiligung Deutschlands am Krieg geht. 67 Prozent der Befragten lehnen die Lieferung des deutschen Marschflugkörpers Taurus an die Ukraine

ab. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sowie Außenminister Johann Wadepuhl (CDU) hatten vor Amtsantritt in den vergangenen Monaten erklärt, das weitreichende Waffensystem an die Ukraine liefern zu wollen. Die Multipolar-Umfrage bestätigt damit eine ARD-Erhebung aus dem November 2024, laut der sich 61 Prozent ebenfalls gegen eine Taurus-Lieferung aussprachen und nur 30 Prozent dafür.

Egal ob nach Alter, Einkommen oder Geschlecht differenziert wird – alle in der Analyse der Multipolar-Befragung differenzierten Gruppen lehnen eine Taurus-Lieferung mehrheitlich ab. Allerdings steigt die Befürwortung mit der Einkommenshöhe: die Ärmsten sind am stärksten dagegen (71 Prozent), die Reichsten jedoch nur zu 56 Prozent. Bei Betrachtung der Befragten nach Parteipräferenz wird klar, dass auch die Sympathisanten der Regierungsparteien die Lieferung des Waffensystems an die Ukraine mehrheitlich ablehnen: Unionsanhänger zu 60 Prozent, SPD-Anhänger zu 58 Prozent. Noch deutlicher fällt die Ablehnung der Taurus-Pläne bei Anhängern von AfD (85 Prozent), BSW (85 Prozent) und Linken (78 Prozent) sowie bei Menschen, die sich mit keiner der großen Parteien identifizieren (79 Prozent) aus. Lediglich Anhänger von FDP und Grünen plädieren mehrheitlich für die Lieferung der Marschflugkörper mit 61 beziehungsweise 55 Prozent.

Auch an dieser Stelle gab es eine Zusatzfrage, für diejenigen, die der Taurus-Lieferung zustimmen. Die Befragten erhielten die Information, dass das ukrainische Militär mit dem deutschen Marschflugkörper etwa den Kreml und andere Regierungsgebäude in Moskau zerstören und hochrangige russische Politiker töten könnte sowie dass Bundeswehrsoldaten hierbei definitiv an der Zielführung beteiligt wären. Gefragt wurde, ob die Pro-Taurus-Fraktion in der deutschen Bevölkerung damit einverstanden wäre, wenn die Bundesregierung solche Angriffe erlaubt. Hierauf antworteten 66 Prozent von ihnen mit „ja“ und 34 Prozent mit „nein“. Auf die Gesamtzahl aller Befragten bezogen, sind demnach 22 Prozent der Deutschen einverstanden mit einem direkten militärischen Eingreifen Deutschlands in den Krieg.

## **Vertrauen in Nato nicht sehr groß – außer bei Grünen und Linken**

Russische Politiker hatten mehrmals darauf hingewiesen, dass solche Taurus-Angriffe zu einem direkten Krieg zwischen Russland und Deutschland führen könnten. Dies würde höchstwahrscheinlich zum Nato-Bündnisfall führen. Doch laut Nato-Vertrag ist die gegenseitige militärische Unterstützung im Kriegsfall keine Pflicht für andere Nato-Mitglieder, sondern lediglich eine Kann-Regelung. Jeder Mitgliedsstaat kann entscheiden, ob er sich statt militärisch nur finanziell, politisch oder auch gar nicht an der Verteidigung eines angegriffenen Nato-Landes beteiligt.

Deshalb wollte Multipolar von den Befragten wissen, ob sie glauben, dass andere Nato-Länder aufseiten Deutschlands in einen Krieg gegen die Atommacht Russland eintreten würden. Tatsächlich ist nur eine eher geringe Mehrheit von 57 Prozent hiervon überzeugt, während 43 Prozent der Umfrage-Teilnehmer glauben, dass Deutschland in solch einem Krieg ohne militärische Nato-Hilfe dastünde.

Besonders skeptisch sind hierbei Frauen. Von ihnen glauben 51 Prozent nicht an den Kriegseintritt anderer Nato-Länder gegen Russland. Auch unter den ärmsten Menschen (Haushaltseinkommen unter 2.500 Euro pro Monat) befinden sich viele zweifelnde Menschen. (50 Prozent) Nach Alter differenziert stellen sich die jüngsten Teilnehmer (18 bis 29 Jahre) als diejenigen mit dem größten Vertrauen in die Nato-Bündnisstruktur heraus. (62 Prozent) Blickt man auf die Parteinähe zeigten sich AfD, BSW und parteiferne Menschen mehrheitlich skeptisch (58 bis 60 Prozent), während alle anderen mehrheitlich zustimmten. Auffällig ist, dass das Vertrauen in die Nato bei Anhängern der

Grünen (79 Prozent) und der Linken (68 Prozent) am stärksten ausgeprägt ist. Beide Parteien sind in ihren Ursprüngen Nato-kritische Parteien gewesen.

## **Friedenswunsch der ukrainischen Bevölkerung weitgehend unbekannt**

Die Menschen in der Ukraine erleben die Realität eines Krieges seit mehr als drei Jahren am eigenen Leibe. In Umfragen äußerte deshalb wiederholt eine Mehrheit der Ukrainer ihre Hoffnung auf baldige Friedensverhandlungen. So plädierten im Februar 2024 rund 72 Prozent der befragten Ukrainer gegenüber dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, ihre Regierung solle auch nach einem diplomatischen Weg zur Beendigung des Krieges suchen. Bei einer weiteren Umfrage im Februar 2025 forderten 73 Prozent der befragten Ukrainer ihre Regierung auf, „sofortige Friedensverhandlungen“ mit Russland aufzunehmen.

Im Gegensatz zu oppositionellen Medien berichteten große deutsche Medien jedoch nicht über diese Ergebnisse. Abgesehen von wenigen Ausnahmen verallgemeinert die Berichterstattung in etablierten deutschen Medien häufig die kriegsbereite Haltung der Kiewer Regierung als Haltung aller Ukrainer. Exemplarisch kürzlich die „Tagesschau“: „Die Ukraine“ setze „große Hoffnung“ darauf, dass Kanzler Merz den Marschflugkörper „Taurus“ liefert. Die Stuttgarter Zeitung titelte 2024: „Die Ukraine hofft auf neue Waffen“.

Doch wie weit reicht diese Definitionsmacht der großen Medien tatsächlich? Multipolar wollte von den deutschen Befragten wissen, inwiefern ihnen der mehrheitliche Verhandlungswillen der Ukrainer aus der deutschen Berichterstattung bekannt ist. Tatsächlich erklärten 36 Prozent der Umfrage-Teilnehmer, sie hätten bereits vom Verhandlungswillen der ukrainischen Mehrheit gehört. 64 Prozent der Befragten sagten hingegen, dieser sei ihnen unbekannt.

Bei der näheren Analyse ist besonders auffällig, dass es die Gruppe der Menschen über 60 ist, in der sogar eine knappe Mehrheit von 51 Prozent erklärt, der ukrainische Wunsch nach Verhandlungen sei ihr aus den Medien bekannt. Auch mit Blick auf die Partei-Anhänger ergeben sich überraschende Ergebnisse. Zwar ist allen Gruppen die Information mehrheitlich unbekannt, allerdings zeigten sich die Sympathisanten von Grünen und FDP mit jeweils 52 Prozent am informiertesten. Gerade die Anhänger dieser beiden Parteien sind gleichzeitig jedoch am deutlichsten für die Lieferung von „Taurus“. Das legt die Erkenntnis nahe, dass sich ein Teil dieser Befragten ganz bewusst gegen den Wunsch der ukrainischen Bevölkerungsmehrheit nach baldigem Frieden positioniert.

## **Klare Mehrheit bevorzugt friedliche Konfliktlösung**

Zum Abschluss der Umfrage konnten die Teilnehmer wählen, welche politischen Weg die neue deutsche Bundesregierung im Umgang mit der Ukraine verfolgen soll. Hierbei mussten die Befragten sich nicht nur für eine Option entscheiden, sondern konnten mehrere Vorgehensweisen gleichzeitig auswählen.

69 Prozent der Befragten erklärten, die neue Bundesregierung solle die Ukraine finanziell unterstützen, um humanitäre Zwecke zu erfüllen. 66 Prozent sagten, die neue Bundesregierung müsse die ukrainische Regierung auffordern, Friedensverhandlungen mit Russland zu führen. Deutlich weniger beliebt waren hingegen die Optionen „Finanzielle Unterstützung für militärische Zwecke“ (44 Prozent) und „Waffenlieferungen aus dem Bestand der Bundeswehr“ (35 Prozent). Für keinen der genannten Wege konnten sich rund 9 Prozent entscheiden.

Die Multipolar-Umfrage bestätigt damit das Bild, das eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „YouGov“ bereits im Februar 2023 von der deutschen Bevölkerung zeichnete: Demnach sprachen sich bereits damals 67 Prozent für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine aus. Eine Insa-Umfrage aus dem August 2024 kam zu einem fast identischen Ergebnis: 68 Prozent für Friedensverhandlungen.

Damit wird klar, dass sich die große Mehrheit der Deutschen von der neuen Bundesregierung die Nutzung friedlicher Optionen der Unterstützung und Konfliktlösung erhofft, während nur eine Minderheit militärische Mittel gutheißt. Trotz „repräsentativer“ Demokratie: In Bundestag und Bundesregierung sieht die Mehrheitsposition zum Ukraine-Krieg jedoch ganz anders aus.

## Anhang

Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 15. bis 24. April 2025 vom Hamburger Markt- und Meinungsforschungsinstitut „Bambus Research“ im Auftrag von Multipolar durchgeführt. Befragt wurden 1.024 Menschen über 18 Jahren, die in Deutschland leben und wahlberechtigt sind. Die Hälfte der Befragten nahm telefonisch an der Erhebung teil, die andere Hälfte online. Die Originalfragen lauteten:

(1) Mit Außenministerin Annalena Baerbock hat im vergangenen November erstmals ein Mitglied der Bundesregierung eingeräumt, dass die finanzielle Unterstützung Deutschlands für die Ukraine zu Ausgabenkürzungen hierzulande geführt haben. Kürzungen gab es u.a. in den Bereichen Bildung, Mobilität und Soziales. Sind Sie dafür, dass die neue Bundesregierung die Ukraine weiterhin finanziert, auch wenn dies Kürzungen für die deutschen Bürger bedeutet?

Zusatzfrage (wenn bei obiger Frage „ja“): (1a) Die USA waren bisher der größte Geldgeber für die ukrainische Regierung. Die neue US-Regierung unter Donald Trump hat jedoch angekündigt, ihre Zahlungen an die Ukraine deutlich zu reduzieren und hat dies auch zum Teil bereits umgesetzt. Der ukrainische Präsident Selenski sagte, er hoffe nun, dass EU-Staaten die wegfallenden US-Zahlungen ersetzen. Sind Sie dafür, dass die neue Bundesregierung die Ukraine in höherem Maß als bisher finanziell unterstützt?

(2) Die EU-Sanktionen gegen russische Öl- und Gaslieferungen haben die Energiepreise für deutsche Privatkunden und für deutsche Unternehmen erhöht. Der Import russischer Energie in die EU findet jedoch weiterhin statt - nun jedoch größtenteils per Schiff, was teurer ist als Lieferungen durch Pipelines. Sind Sie dafür, die EU-Sanktionen gegen russische Öl- und Gaslieferungen trotzdem aufrecht zu erhalten?

(3) CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz hat im Wahlkampf mehrmals erklärt, den weitreichenden deutschen Marschflugkörper "Taurus" an die Ukraine liefern zu wollen. Durch abgehörte Gespräche hochrangiger deutscher Luftwaffenoffiziere ist bekannt, dass das Waffensystem nur mit Hilfe deutscher Soldaten bedient werden kann. Russische Politiker warnten, dass Angriffe auf russisches Staatsgebiet mit Taurus zu einem direkten Krieg zwischen Russland und Deutschland führen können. Sind Sie dafür, dass die neue Bundesregierung Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefert?

Zusatzfrage (wenn bei obiger Frage „ja“): (3a) Mit dem deutschen Marschflugkörper "Taurus" könnte das ukrainische Militär auch den Kreml und andere Regierungsgebäude in Moskau zerstören und unter Umständen hochrangige russische Politiker töten. Sind Sie dafür, dass die neue Bundesregierung der Ukraine den Angriff auf diese Ziele mit deutschen Waffensystemen erlaubt?

(4) Laut Nato-Vertrag ist die gegenseitige Unterstützung im Kriegsfall keine Pflicht für andere Nato-Mitglieder. Glauben Sie, dass andere Nato-Länder aufseiten Deutschlands in einen Krieg gegen Russland eintreten würden, falls es zu einem direkten Krieg zwischen Deutschland und Russland kommt?

(5) In Umfragen des vergangenen Jahres sagten mehrmals knapp 75 Prozent der Ukrainer, dass sie sich die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland wünschen. Ist Ihnen diese Mehrheitsmeinung der ukrainischen Bevölkerung aus der deutschen Medienberichterstattung bekannt?

(6) Welchen Weg sollte die kommende deutsche Bundesregierung im Umgang mit der Ukraine verfolgen?  
(Mehrfachantwort erlaubt) Antwortmöglichkeiten: Finanzielle Unterstützung für humanitäre Zwecke,  
Finanzielle Unterstützung für militärische Zwecke, Waffenlieferungen aus dem Bestand der Bundeswehr,  
Forderung an Kiew Friedensverhandlungen zu führen,  
keine der genannten Wege